

Hätte man in Dresden Anlage zur Empfindlichkeit gehabt, — die Vorgänge des Herbstes 1805 wären wohl geeignet gewesen, diese Gefühle gegen Preußen wach zu rufen. Der Charakter Friedrich Augusts war solchen Regungen persönlicher Art nicht zugänglich, wo es ein höheres, allgemeines und öffentliches Interesse galt. Schmidt selbst, so wenig er sonst Sachsens Parthie zu nehmen geneigt ist, sagt a. a. D. S. 406: Der sächsische Hof sei (Januar 1806) sehr weit entfernt gewesen, sich von der Politik Preußens loszusagen oder nur Vorwürfe und Verdacht gegen sie zu hegen. Wenn er aber hinterher Sachsen für die damaligen Mißgriffe der preussischen Politik gewissermaßen in Mitleidenheit durch die Bemerkung zieht, die Vorsicht habe damals geboten, vor der Hand gerüstet zu bleiben, doch sei dieselbe von keiner Seite in dem Maße, wie es die Lage der Dinge erfordert, gehandhabt worden, „am wenigsten von Seiten Sachsens, das nicht zeitig genug mit der Entwaffnung vorschreiten zu können glaubte“, so muß diese Insinuation als völlig unzutreffend zurückgewiesen werden. Sachsen entwaffnete nicht eher, als nachdem die Preußen, die bereits bis Zwickau vorgedrungen waren, wo die von dem im Jahre darauf bei Saalfeld gebliebenen Prinzen Louis Ferdinand von Preußen befehligte, aus Sachsen und Preußen zusammengesetzte Avantgarde stand, Sachsen wieder verlassen hatten und auf den Friedensfuß gesetzt waren. Daß man damals in Preußen selbst über die Haltung Sachsens ein anderes, gerechteres Urtheil hegte, ergiebt sich aus einem eigenhändigen Schreiben, das Friedrich Wilhelm III. unterm 10. August 1806 an Friedrich August richtete und worin folgende, die Loyalität der damaligen Politik Sachsens jeder Anzweifelung überhebende Stelle vorkommt: es sei leider zu fürchten, daß der Gang der Ereignisse nöthigen werde, ein System anzunehmen, „welches wir vor zwei Monaten noch so wenig ahnten und was nicht meine Wahl gewesen sein würde, wenn man überall jene Entschiedenheit des Willens an den Tag gelegt hätte, wovon Ew.